

Rieser Tagesblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Rieser, General Nr. 20.

Amtsblatt

Verlagsort: Breggia 2102, Classen Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 222.

Donnerstag, 25. September 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, 1,60 Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postamt vierteljährlich 3,10 Mark, monatlich 1,70 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Zeile für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (7 Ellen) 45 Pf., Ortspreis 40 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 21. 8. 1919 über Obstpreise für Birnen — Nr. 190 der Sächsischen Staatszeitung vom 21. 8. 1919 — wird aufgehoben. Die in der Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums vom 18. 7. 1919 — Nr. 100 der Sächsischen Staatszeitung vom 17. 7. 1919 — über Normalpreise für die Vermarktung von Äpfeln, Birnen- und Pflaumenvarietäten unter festgesetzten Erzeuger (Normal-)preisen von 40 M. für Tafeläpfel, 35 M. für Tafelbirnen, 20 M. für Wirtschaftäpfel, 15 M. für Wirtschaftsbirnen und 25 M. für Pflaumen (Zweitsorten) bleiben für die Preisbildung auch weiterhin maßgebend. Dresden, am 23. September 1919.

Wirtschaftsministerium.

2394 V G 1
10410

Die Ausgabe der Milchmarken auf die Zeit vom 29. September bis 26. Oktober erfolgt Freitag, den 26. September, vormittags von 10—1 Uhr im Gemeindeamt. Weida, am 25. September 1919.

Der Gemeindevorstand.

Die Ausgabe der Vollmilchmarken

auf die Zeit vom 29. September bis mit 26. Oktober 1919 erfolgt Freitag, den 26. September 1919, nachmittags 1—3 Uhr in den bekannten Ausgabestellen im Rathaus. Bei verspäteter Entnahme der Vollmilchmarken ist eine Gebühr von 50 Pf. für besondere Abfertigung zu entrichten. Der Rat der Stadt Riesa, den 24. September 1919. Die.

Milchmarkenausgabe in Gröba.

Freitag, den 26. September 1919, nachmittags 4—5 Uhr werden im Gemeindeamt Zimmer Nr. 8 die Milchmarken auf die nächsten vier Wochen ausgegeben. Gröba (Elbe), am 24. September 1919. Der Gemeindevorstand.

Znagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Ein „Empfang“ Hoffers in Mainz. Marschall Hoffers hat die französische Besetzung in Mainz besucht. Trotz großer Neugier blieb die Anteilnahme der Bevölkerung an dem glänzenden Schauspiel auffallend schwach. In der abschließenden Beurteilung der Besetzung kommen auch die Rückwirkungen der politischen Vorgänge in Birkenfeld und die wachsende Erweiterung wegen der Nichtauslieferung der Kriegsgefangenen zum Ausdruck.

Anwerbung für ein deutsches Freikorps in Desterreich. Die Polizei in Wien verhaftete hier den 17-jährigen Wolfgang Gädler, der angeblich im Auftrag der Werbestelle eines deutschen Freikorps Anwerbungen für die deutsche Reichswehr vornahm. Dieser 17-jährige junge Mann, ein absolviertes Realschüler, hatte die Absicht, die für ein Freikorps angeworbenen jungen Leute mit falschen Papieren als Seemann über die Grenze nach Deutschland zu schaffen. Er gab den jungen Leuten einen Verpflichtungsschein und versprach ihnen ein Gehalt von 800 Mark. Hunderte junger Leute, die einen solchen Verpflichtungsschein unterschrieben hatten, wurden angehalten. Im Büro dieser Werbestelle wurden gefälschte Stempel von Konsulaten vorgefunden und beschlagnahmt, ebenso Werbematerial.

Die Zeitung „Schlesien“. Im Ausschuss der preussischen Landesversammlung für die ober-schlesische Frage und den Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbstständigkeit der Provinzen wurde zunächst der vom Zentrum vorgelegte Gesetzentwurf über die Errichtung einer Provinz Oberschlesien in der vorgeschlagenen Fassung bei einer Stimmhaltung der Unabhängigen angenommen. Nach dem Entwurf soll die Errichtung der Provinz Schlesien in eine Provinz Ober- und Niederschlesien am 1. April 1920 in Kraft treten.

Ausnahme einer großen Auslandsanleihe. Der Haushaltsausschuss der Nationalversammlung setzte gestern die Beratungen des Etats des Finanzministeriums fort. Finanzminister Erzberger ging vertraulich auf die Valutafrage ein. Im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsamt seien Maßnahmen zur Wiederherstellung der deutschen Valuta in Vorbereitung. Die besten Steuererträge würden durch die schließliche Valuta unwirksam gemacht. Eine allgemeine durchgreifende Sanierung könne nur durch eine große Anleihe kommen, die durch eine internationale Konferenz in die Wege geleitet und mit Hilfe Amerikas durchgeführt werde.

Eine Internationale gegen den Bolschewismus. Der „Vollständiger gegen den Bolschewismus, E. V.“ regt bei den Vertretungen aller Mächte in Deutschland durch eine eingehende Denkschrift ein gemeinsames Vorgehen gegen den Bolschewismus an. Die militärischen Mitarbeiter des „Vollständiger“ empfehlen auf Grund praktischer Erfahrung in der Denkschrift die Bildung einer internationalen Freiwilligen-Armee. Es sollen bereits mehrere Vertretungen fremder Staaten auf Grund dieser Denkschrift mit dem „Vollständiger“ in einen näheren Gedankenaustausch getreten sein.

Generalkonferenz in Halle a. S. Eine vorgestern abend zahlreich besuchte Versammlung der Vertrauensleute der U. S. V., des Gewerkschaftsartikels und der Betriebsräte forderte einstimmig die Haftentlassung des früheren Arbeiterratsvorsitzenden, des Redakteurs Allan und des früheren Militärbevollmächtigten des Soldatenrats, des Leutnants Berthold. Sie protestierten gegen die Verschleppung der Prozesse. Falls die Haftentlassung binnen 14 Tagen nicht erfolge, will die Arbeiterschaft von Halle und Umgebung in den Generalkreis eintreten. Der Generalkreis soll sich auch auf das mitteldeutsche Braunkohlenrevier erstrecken.

Die Räumung des Baltikums. Aus London wird gemeldet: Amtlich wird erklärt, daß der Chef der alliierten Mission in den baltischen Provinzen, der englische General Gough, dem Befehlshaber der deutschen Truppen General Grafen von der Goltz das dritte Ultimatum von Marschall Hoch überreichte, worin die völlige Räumung des Gebietes sowie die Auslieferung des Kriegsmaterials an die Alliierten verlangt wurde. Der deutsch-Deutscher hat sich über dieses Ultimatum sehr gereizt gezeigt, aber schließlich erklärt, nachgeben zu wollen. Dennoch ist der letzte Teil des Ultimatum immer noch nicht erledigt. Es wurde festgestellt, daß das Heer von der Goltz immer größer wird und gegenwärtig 100.000 Mann zählt. — Die „Times“ verlangt, daß die alliierten und assoziierten Mächte energisch auf die sofortige Erfüllung ihrer Forderungen nach Räumung der baltischen Provinzen durch die deutschen Truppen bestehen. Es bekunden nur zu viel Ursachen, der Behauptung der „Freiheit“, daß Kurland allmählich in ein riesiges Militärlager umgewandelt werde, Glauben zu schenken. Der Wunsch der deutschen Regierung, daß sie die deutschen Truppen in Kurland nicht zum Gehoriam zwingen könne, sei unzulässig. Jedenfalls hätte die Regierung, die es etwa nicht könne, keinen Anspruch darauf,

als Regierung behandelt zu werden. Die Politik, die hinter allen diesen Umtrieben stehe, sei auf die Festsetzung des deutschen Einflusses in den baltischen Provinzen und in Russland gerichtet und erfolge monarchistische Ziele. Zum Schluß spricht sich die Times für eine ausgiebigere Unterstützung der baltischen Staaten wenigstens in Waffen und Munitionsmaterial aus.

Die kommunistischen Verhandlungen in Halle. Außer sechs Baltischen sind in Halle bekanntlich noch zwei hiesiger Kommunisten, der Schloßer Graf und der Buchbinder Franta verhaftet worden. Diese waren, wie jetzt einwandernd feststeht, nach Halle entsandt worden, um den früheren kommunistischen Hartung zu ermorden. Es wurde außerdem festgestellt, daß zu Agitationszwecken Halle von den Kommunisten in sieben Bezirke eingeteilt war. Der Zweck dieser Organisation war angeblich eine sorgfältige Durchführung der Agitation und Überwachung persönlicher Verhältnisse, um zu verhindern, daß sich Eitel in die Organisation einschmuggeln. In einer Versammlung der kommunistischen Partei Anfang September in Halle wurde, wie W.Z. mitteilt, die Ermordung einer Reihe von Leuten vorbereitet, die in dem Verdacht stehen, Spionendienst zu tun.

Gegen die Wiedereinführung der Affordarbeit. Die Tagung der Betriebsräte der Post- und Eisenbahnverwaltung Bayerns erkennt die Notwendigkeit einer restlosen Wiedereinführung der Wiedereinführung des Wirtschaftslivens an, lehnte jedoch eine Wiedereinführung der Affordarbeit ab.

Der Hafenarbeiterstreik. Die Altonaer Seemänner haben sich dem Streik angeschlossen. Im Hafen steht jeder Verkehr. — Der Hafenarbeiterstreik stellt die gleichmäßige Abfertigung der deutschen Kriegsgelassen aus England in Frage.

Zur Frage des Wiedereintritts der Demokraten in die Reichsregierung. Erklärt das Berliner Tagesblatt von unterrichteter Stelle: Die Untregung zu den Verhandlungen, die am Montag begannen, ging von der Regierung aus. Diese Verhandlungen, die zunächst einen durchaus vorbereitenden Charakter tragen, werden seitens der Demokraten von dem ehemaligen Reichsfinanzminister Schiffer geführt.

Die Franzosen verbieten die Leistung des neuen Beamteneid. Der deutschen Regierung ist ein Befehl der französischen Kontrollstelle bei der deutschen Zivilverwaltung im Bezirk Wiesbaden zur Kenntnis gekommen, in dem der Regierungspräsident in Wiesbaden ersucht wird, diese neue Eidesleistung der deutschen Beamten zu verbieten. Jeder Beamte, der einen solchen Eid leistet, oder im feinen Untergebenen abnimmt, macht sich, wie es in dem Befehl heißt, eines sehr schweren Vergehens schuldig. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat im Auftrag der deutschen Regierung gegen den französischen Befehl nachdrücklich Verwahrung eingelegt, und die Erwartung ausgesprochen, daß die Alliierten sich bei Prüfung der Angelegenheit von der Notwendigkeit der Befolgung des Befehls überzeugen werden.

Die Umsatzsteuer. Der 12. Ausschuss der Nationalversammlung begann gestern seine Beratungen über die Umsatzsteuer. Ein Vertreter der Rechtssozialisten beantragte Vertagung bis zur Erledigung der direkten Steuern. Das Volk könne die mit der Umsatzsteuer verbundenen Lasten nicht tragen. Der Reichsfinanzminister Erzberger erklärte, für die Regierung sei die Vertagung des Umsatzsteuergesetzes mit allen sich daraus ergebenden Folgen unannehmbar. Nach längerer Aussprache wurde auf Antrag eines Rechtssozialisten beschlossen, die Sitzung abzubrechen, damit die sozialdemokratische Fraktion die Angelegenheit beraten könne. — Man hat es hier mit einem Konflikt zwischen der Regierung und den Rechtssozialisten zu tun, der für die weitere politische Entwicklung von großer Bedeutung sein kann.

Deutsche Dampfer in englischer Besitz. Die englischen Blätter vom 22. dieses Monats melden aus Newyork: Die Vereinigten Staaten haben Großbritannien die früheren deutschen Dampfer „Imperator“, „Patricia“ und „Victoria“ übertragen. Die veräußert, werden die früheren deutschen Dampfer „Gra. Waldersee“, „Moltke“, „Kap Finstere“ und „Kaiserin Auguste Viktoria“ demnächst ebenfalls Großbritannien übertragen werden.

Wegen der Pläne einer Sonderbesteuerung der Anzeigerteile. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hat an den Reichsfinanzminister Erzberger nachdrückliche Drängung gerichtet: Da es im Erzellen gestern morgen leider unmöglich war, die Unterzeichneten zu empfangen, legen wir hierdurch im Namen des Vereins deutscher Zeitungsverleger noch einmal nachdrücklich Protest ein gegen den Plan einer Sonderbesteuerung der Anzeigerteile der deutschen Zeitungen. Eine solche Ausnahmesteuerung stellt eine schwere Ungerechtigkeit dar und würde die schon von wirtschaftlichen Kassen stark bedrückten Zeitungen auf das empfindlichste treffen und zugleich durch Ab-

sonderung der Anzeigen in den redaktionellen Teil die bisherige Integrität der deutschen Zeitungen auf das schwerste gefährden. Der durch die Sonderbesteuerung unermesslich eintretende Zusammenbruch dieser Zeitungen würde überdies eminente Interessen der Allgemeinheit auf die tiefste berühren. Verein deutscher Zeitungsverleger, Dr. Haber, Direktor; Müller, Vorsitzender.

Ein deutscher Großherzog schafft Kunstwerke ins Ausland. Der wertvollste Teil der alten Bilder der großherzoglichen Gemäldegalerie in Oldenburg ist seit einiger Zeit nicht mehr in Oldenburg. Der Großherzog hat sie durch Vermittlung einiger Geschäftsleute über die Grenze nach Holland bringen lassen. Die Verhandlungen mit der Landesvertretung über die Übernahme der Bilder durch das Land wurden vom Großherzog kurzerhand abgebrochen. Die sehr bedeutungsvolle Sammlung von Italienern des 18. und Niederländern des 17. Jahrhunderts entfiel u. a. 6 Rembrandts. Der Verlust wäre dem deutschen Kunstbesitz unerträglich.

Frankreich. Vom Zweiten Gewerkschaftskongress. Der Zweite Gewerkschaftskongress, der soeben zu Ende ging, bildet eine Etappe in der Entwicklung des Syndikalismus in Frankreich. Die Annahme des Antrages der Mehrheit mit 1033 gegen 234 Stimmen bedeutet den Sieg der revolutionären Tendenz, verfolgt durch die alten Führer Jouhaux und Merheim. Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß der französische Syndikalismus in demselben Maße wie die Zahl seiner Anhänger wuchs, viel zurückhaltender und stärker von dem Gefühl der Verantwortlichkeit durchdrungen wurde. Die Confederation generale du Travail, die vor dem Kriege 200.000 Mitglieder zählte, hat nun die Zahl von 2 Millionen überschritten. Jouhaux hat ein Programm für die zukünftige Aktion des französischen Syndikalismus vorgelegt, indem er sich über die zum Teil romantischen Ideen, die vorgezogen wurden, äußerte, wies er auf die besonnenen Folgen des Bolschewismus in Russland hin. Nur in einer progressiven Revolution, welche die Teilnahme der Arbeiter und Techniker in der Frage der Unternehmungen zum Ziele hat, liegt die Lösung der gegenwärtigen Kämpfe. Jouhaux glaubt, daß das Wirtschaftsleben die Politik ersetzen werde, und zwar so, daß die Handarbeit von aller kapitalistischen Abhängigkeit befreit sein wird und alle Reichtümer in die Hand derer fallen, die sie schaffen. Die Überführung der Industrien, Verkehrsanknoten und der Banken in den nationalen Besitz wird dem syndikalistischen Staat vorbereiten und nicht eine brutale Revolution. Die bürgerliche Presse begrüßt, indem sie die Überreibungen der syndikalistischen Gedankengänge kritisiert, die Rückkehr zur Jurisdiktion und Wählung. — In der letzten Sitzung erklärte der Delegierte für Elsaß-Lothringen, Klumenthal, die Elsaß-Lothringer wollten Franzosen sein, wie die anderen mit gleichen Pflichten und gleichen Rechten.

Holland. Aufgehobenes Ausfuhrverbot. Das Ausfuhrverbot für Rohtabak, Zigarren, Zigaretten und anderer Tabakerzeugnisse wurde aufgehoben.

Dänemark. Die schwere wirtschaftliche Lage. Die Sozialdemokraten kündigen Entwürfe zu drei Gesetzesvorlagen an, die dazu bestimmt sind, den Schwierigkeiten der letzten Wirtschaftslage abzuhelfen. In dem ersten Vorlage werden sämtliche gewerblichen Unternehmungen einer staatlichen Kontrolle unterstellt. Der zweite Entwurf behandelt die Teilnahme der Arbeiter an der Leitung aller Betriebe und das dritte Gesetz soll den Warenwucher bekämpfen, indem es den Verdienst des Wiederverkäufers gesetzlich regelt.

Tschechoslowakei. Die Volksabstimmung im Bezirk Teschen. Der Oberste Rat in Paris beschloß, die tschechoslowakische und die polnische Regierung von dem Beschluß zu benachrichtigen, binnen dreier Monate in den Bezirken Teschen, Stropow und Arwa, die zunächst von den tschechoslowakischen und polnischen Truppen geräumt werden müssen, eine Volksabstimmung vornehmen zu lassen. Zur Überwachung ihrer Durchführung wird eine alliierte Kommission ernannt, die zum Zwecke der Beratung auch tschechoslowakische und polnische Vertreter umfassen wird.

Italien. d'Annunzio beanspruchte in einer Rede, die er am Nationalfeiertag hielt, außer der Stadt Fiume und deren Landgebiet auch den Hafen und die Eisenbahn für Italien. Jede andere Lösung sei unannehmbar. — Die italienische Regierung soll die Alliierten aufgefordert haben, die Stadt Fiume von d'Annunzios Anhängern zu befreien.

Estland. Das Friedensangebot. Aus Helsingfors wird gemeldet: Die finnische Regierung wird das Friedensangebot der Bolschewisten den Reichsfraktionen vorlegen, den Reichstag jedoch nicht einberufen. Der Konarsh der finnischen, estnischen, lettischen und litauischen Sozialisten in Riga beschloß, die Regierung aufzufordern, auf einen Frieden mit